

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 276

Bad Gmünd, Montag, den 1. Dezember 1919

71 Jahrgang

Letzte Nachrichten.

Die Schweizer für Freigabe der Kriegsgefangenen.

Basel, 30. Nov. Laut Schweizer Depeschengenerat hat der Schweizer Bundesrat an die Regierungen der am Krieg beteiligten Staaten einen Aufruf zu Gunsten aller noch nicht entlassenen Kriegsgefangenen gerichtet.

Ultimatum der Vereinigten Staaten an Mexiko

Basel, 30. Nov. Laut New York Times meldet die Central News aus Washington, daß die Vereinigten Staaten an Mexiko ein Ultimatum abgegeben haben. Die amerikanische Armee und Flotte seien bereit, die Forderung auf Freilassung des Konsuls der Vereinigten Staaten, Jenkins, durchzusetzen.

Deutschland und die Entente.

Der französische Ministerpräsident Clemenceau hatte an die deutsche Regierung eine Note gerichtet, die sich mit der Erfüllung der Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland befaßt und die sich mit der deutschen Antwort auf die französische Note wegen der Freilassung der Kriegsgefangenen befaßt. Die deutsche Regierung gibt der deutschen Presse, d. h. dem deutschen Volk, folgende Bemerkungen zu der Note Clemenceaus:

Das Schreiben Clemenceaus hat sich mit der Antwort auf die Kriegsgefangenenfrage befaßt. Es zeigt, daß es der französischen Regierung im schroffen Gegensatz zu den Behauptungen in der Kriegsgefangenenfrage, nun doch einfallen ist, daß sie am 28. August Versprechungen über die Freilassung der Kriegsgefangenen vor der Ratifikation gemacht hat. Wenn sie nun die Zurückziehung dieses Versprechens, was sie niemals stillschweigend vornehmen, sondern wenigstens der deutschen Regierung mitteilen mußte, mit der Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen erklären will, so fragt es sich, um welche Nichterfüllungsbedingungen es sich handeln kann. Dabei muß alles ausschließen, was vor dem 18. September liegt, denn an diesem Tage wurde den deutschen Vertretern in Paris noch mitgeteilt, die Kriegsgefangenenfrage sei erledigt und die Transporte nach Deutschland würden von jetzt ab ununterbrochen laufen. Damit fällt vor allem die angebliche Schuld in der Scapa Flow-Sache fort, ebenso wie die behauptete Frage ausschließen muß, daß der Bericht der unter der Führung des Generals Nessel stehenden Kommission noch nicht vorliegt. Es bleiben also die praktischen, bei dem beispiellosen Umfang der Waffenstillstandsbedingungen kaum ins Gewicht fallenden Mängel, die wahrlich nicht als Vorwand für den Widerruf einer von Frankreich vertraglich übernommenen Verpflichtung dienen können. Nun wird in der neuen Note die Freilassung der Gefangenen innerhalb acht Tagen in Aussicht gestellt, wenn Deutschland ohne neue Einwendungen unterzeichnet. Die Kriegsgefangenen sollen also nochmals verkauft werden, und zwar für die Auslieferung der Vagter, Docks und Krähnen, ohne die es ein deutsches Wirtschaftsleben überhaupt nicht geben kann. Aber mehr noch: um sie zurückzubekommen, soll die Bestimmung anerkannt werden, durch die die Entente das Recht hat, auch fernerhin alle militärischen und anderen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachtet. Wer bietet die Garantie dafür, daß auch nach Friedensschluß unter diesen Zwangsmassnahmen nicht wieder die Einstellung der Kriegsgefangenen-Transporte zu bestehen sein wird? Damit hätte die deutsche Regierung den letzten wertvollen Teil des Volksvermögens veräußert und durch ihre Zustimmung den Kriegszustand in den Frieden hinein verlängert und dennoch das Los der Kriegsgefangenen nicht gemildert.

Zu dem neuesten Notenwechsel in Versailles wird von unterrichteter Seite mitgeteilt:

Für den Versailler Vertrag ist seit dem 14. Oktober Vollmacht, das Unterzeichnungsprotokoll, von dem das Inkrafttreten des Friedensvertrages abhängt, zu unterzeichnen. Die Verhandlung ist nur daher gekommen, daß von französischer Seite bekanntlich ganz neue Forderungen aufgestellt wurden. Es ist nicht zu bestreiten, daß die amerikanischen Vorschläge zum mindesten mittelbar mit den Versailler Bedingungen eine gewisse Berührung besitzen. Man kann damit rechnen, daß Amerika aus der Reihe der Alliierten und Alliierten ausscheidet und den Frieden nicht ratifiziert. Die Abwesenheit des amerikanischen Delegierten in den Kommissionen könnte jedoch die Frage der Aburteilung des Kaisers, der dies bedenkend könnte, wie der Wiedergutmachungen von entscheidender Bedeutung werden. Wenn wir nun den Franzosen in diesen Punkten entgegengekommen sind, so wollen auch wir von den Franzosen ein Entgegenkommen sehen. Wir haben vorgeschlagen, daß in der Frage der Aburteilung ein anderes Verfahren angewandt wird. Wir haben Maßnahmen vorgeschlagen, die, ohne der direkten Bestrafung der Schuldigen vorzugreifen, geeignet erscheinen können, zu verhindern, daß in Deutschland die Stimmung noch tiefer herabfällt. „Der Vortrags“ schreibt in der Beschreibung der Ententeforderungen auf Auslieferung der Vagter und Docks: „Es tut sich die Frage auf, ob wir harmlos und gutmütig und willig uns das letzte Geld selbst vom Leibe ziehen und hingeben, oder ob wir eine Grenze im Auge haben, in der wir starr und unbedingt nein sagen. Es kann keinem Zweifel mehr unterliegen, daß unsere Gegner beschloffen haben, nicht einen Frieden im Sinne einträchtigen Nebeneinanderlebens herzustellen, sondern uns um jeden Preis zunichte zu richten.“

Italienische Stimmen für Aenderung des Friedensvertrages.

Wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, bricht in Italien, das ja früher in den engsten wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland stand, die Erkenntnis durch, daß der Versailler Frieden den Ruin Deutschlands und damit der Weltwirtschaft bedeutet, daß der Friede keine Gerechtigkeit bringt, sondern den Keim zu neuen Verwundungen birgt. Nach einer Meldung aus Paris ist dort ein Funkspruch angekommen. Danach veröffentlicht die Presse folgende Erklärung, die von der Katholikenpartei ausgegangen sein soll im Hinblick auf die Ratifikation des Versailler Friedens durch Königlich-deutsches Dekret:

„Aus Veranlassung vor einer Krise wird von gewissen Seiten eine völlig verfassungsmäßige Lösung vorgeschlagen, die es zahlreichen sozialistischen Gegnern ermöglichen würde, mit den Sozialisten gemeinsame Sache machen zu können. Diese Lösung würde darin bestehen, den Friedensvertrag unter der Bedingung zurückzuziehen, daß die Regierung die Initiative dazu ergreift, Aenderungen darin aufzunehmen, die notwendig sind, um die Ausführung des Vertrages zu erreichen und ihn den Grundlagen der Gerechtigkeit und des wirtschaftlichen Friedens, für die Italien in den Krieg gezogen ist, anzupassen.“ (Sozialisten- und Katholikenpartei sind die stärksten Parteien und ausschlaggebend im italienischen Parlament.)

Ein Amerikaner über Deutschlands Not.

Der Chefredakteur des Wall Street Journal, Hamilton, hat in einer Unterhaltung die Eindrücke seiner Reise nach Deutschland mitgeteilt. Er sagte: Es ist fast unmöglich, ein ehrliches und aufrichtiges Urteil über die deutschen Verhältnisse auszusprechen, ohne den Vorwurf der Deutschfeindlichkeit zu hören. Was Deutschland am meisten braucht, sind Brennstoffe. Was der Steinkohlenmangel für die niedrigen Volksklassen bedeutet, kann man sich kaum vorstellen. Man kann sich kaum vorstellen, daß angesichts dieses Mangels und der andern Entbehrungen der Winter in Deutschland ruhig verlaufen kann. Selbst der objektivste Deutsche, der sich darauf beruft, daß sein Land in der Geschichte immer seine Verpflichtungen erfüllt hat, erwartet, daß das Ergebnis der heutigen Zustände eine neue Revolution sein wird. Wenn diese erfolgt, wird das Volk ganz aus der Fassung geraten und ein Bankrott kann nicht ausbleiben. Deutschland braucht Transportmittel, Heizmaterial und einen sofortigen Kredit von wenigstens acht Milliarden Dollar auf eine Zeit von vier bis sechs Jahren. Außerdem ist es notwendig, daß Deutschland in der Kommission für Wiederherstellung einen sehr tüchtigen Vertreter erhält, und wäre es auch nur, um in möglichsten Forderungen Frankreichs entgegenzutreten. Amerika wird hauptsächlich finanzielle Hilfe leisten müssen, aber Großbritannien muß sich an dieser Unternehmung beteiligen, nicht allein Deutschlands wegen, sondern auch wegen der allgemeinen Kultur, denn wenn im Zentrum von Europa die Hölle bei einem Volk von 70 Millionen ausbricht, darf man nicht erwarten, daß das Feuer sich nicht weiter ausbreiten wird. — Die Westminster Gazette, die diese Auslassungen wiedergibt, schließt sich den Worten Hamiltons an und äußert die Hoffnung, daß diese Warnung vom Obersten Wirtschaftsrat berücksichtigt wird.

Die Leugner des Volkswohls.

Einem Aufruf der Mehrheitssozialisten unter obiger Spitzmarke entnehmen wir folgendes:

Nach Zimmermann in diesen Äußerungen die Lehre, daß die Einführung der reinen Mäts-Wirtschaft dem niedrigeren deutschen Wirtschaftsleben die Befriedung bringen und alle schädlichen Einflüsse des Kapitalismus ausschalten würde. Wie es aber in Wirklichkeit um diese großen Segnungen einer durchgeführten Mätswirtschaft steht, das hat jüngst in der Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart der offizielle Vertreter der ungarischen Metallarbeiter, Franz Miklós, klar und faßlich gezeigt. Wie furchtbar verheerend das Mätsystem in der Metallindustrie auf die Produktion und auf die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft gewirkt hat, führte Miklós dazu aus:

„Bleibt lassen sich gewisse Wirkstoffe in größter Stunde durch den tatsächlichen völligen Bankrott, den das Mätsystem in Ungarn und in Rußland erlitten hat, davon überzeugen, daß ihm auch in Deutschland kein anderes Schicksal blähen würde. Der Leidtragende wäre in erster Reihe die deutsche Arbeiterschaft. In Ungarn waren sie zunächst sachkundige Techniker hinaus, wodurch die Produktion sehr litt. Als die Frage der Sozialisierung aufkam, haben sich viele Arbeitgeber gemeldet und gebeten, daß der Staat ihre Betriebe übernehmen sollte. Da aber eben alles zugrunde gerichtet war, die Rohmaterialien und Werkzeugmaschinen fehlten, erklärten die Arbeitgeber, daß sie froh wären, wenn sie ihre Betriebe los werden könnten. Die Arbeiter aber in vielen Betrieben glaubten, daß sie die höchsten Löhne beziehen und nur wenig zu arbeiten brauchten, wenn die Betriebe erst einmal sozialisiert seien. Sie waren aber von Begriff Sozialisierung schlecht orientiert. Da aber kein Kapital und kein Rohmaterial vorhanden war, sind diese Betriebe stillgelegt worden. Eine der ersten Forderungen der Arbeiterschaft nach der Ausräumung der Mätsregierung. Die Wirkung war, daß die Produktion, die schon nach der Novemberrevolution um 20—30 Prozent gesunken war, nun um 50, 60, ja sogar 70 Prozent sank. Ich muß Ihnen offen sagen: Nachdem, was wir unter der Herrschaft des Volkswohls erlebt und erfahren haben, ist das System des Mätsystems ein für die Arbeiter ungünstiges Experiment gewesen. Die Männer, die von England zu uns herübergekommen sind mit der Idee, die Befriedung der Arbeiterschaft zu erzwingen, waren nicht als Führer. Sie von ihnen angewandten Methoden des Kampfes um die Befriedung haben die Arbeiter in Not und Elend gebracht. Sobald Mäts in den Fabriken und in den Gemeinden waren, auf so viele Arten und Weisen haben sie gearbeitet. (Zusammen: Habt Ihr dabei nicht gearbeitet?) Nein, wir konnten nicht! Jeder Versuch von uns, in die Befriedung Mäts zu bringen, scheiterte und mußte scheitern, weil die Mätsregierung unseren Auffassungen nicht zugänglich war und selbst unfähig gewesen ist, ihre Ideen in die Wirklichkeit umzusetzen.“

Wenn nach diesem Bericht die Augen nicht aufgehen über die Haltlosigkeit des Systems der „reinen Mätswirtschaft“, so schließt der Aufruf, dem ist beim besten Willen nicht zu helfen. Der Himmel behüte uns in Deutschland vor ähnlichen Forderungen. Verhindert werden kann die Einführung einer derartigen Mätsrepublik nur dann, wenn die deutsche Arbeiterschaft reiflos zusammenhält und ständig auf dem Boden ist und alle die Volkseigenen von sich weißt, die die bringende nötige Wiederaufnahme einer gerechten Arbeit durch phantastische Pläne über Sozialisierung und Mätsystem unaufrichtig zu verhindern suchen.

Erzberger und die preussische Regierung.

In der Nationalversammlung erklärte Reichsfinanzminister Erzberger während der 3. Sitzung der Reichsabgabenverordnung im Verfolg eines Zusammenstoßes mit deutsch-nationalen Rednern:

Das bedeutende Werk, das dieses Gesetz darstellt, ist ein Schritt zum Einheitsstaate. Dies ist von Anfang an mein Programm gewesen. Das deutsche Volk geht an der Zersplitterung zugrunde. (Beifall links.) Haben Sie denn in Preußen die Wünsche der Rheinländer befriedigt? Woher kam in Süddeutschland die Opposition gegen das alte Preußen? (Lärm rechts, Zustimmung der Mehrheit.) Die verkehrte Gewaltpolitik Preußens hat die Opposition hervorgerufen. (Lärm und Widerspruch rechts.) Die Folgen des alten Systems mußten eintreten. Wenn Sie dafür die heutige Regierung verantwortlich machen, so ist das Heuchelei. (Lärm rechts.) (Präsident Lehmannbach rügt die beleidigenden Zwischenrufe und die beleidigende Antwort des Ministers.) Erzberger fährt fort: Ich bin angenehm überrascht, daß die Deutsch-nationale Volkspartei sich jetzt mit einem Male zur Förderung der Verfassung aufwirft, die sie bis jetzt verworfen hat. Wir haben uns nicht stumpelos über die Verfassung hinweggesetzt. Das verbietet mir. Diese Gegenstände konstatieren nur Sie (nach rechts). Freilich haben Sie immer solche Politik betrieben. Die Prämissenparanteile soll unmoralisch sein. Glaubt der Redner mit seiner Kritik dem deutschen Volk zu nützen, steht da die Anleihe ausgeschrieben? Waren Sie denn immer so moralisch bei Lotterien? Es ist völlig unlogisch, mir zuerst zu große Zentralisation vorzuwerfen, mich dann aber zu tadeln, daß ich die einzelnen Finanzminister zu Präsidien der Finanzämter gemacht habe; denn das ist eine Konzeption auf die Dezentralisation. Es ist unbegreiflich, daß ein Jurist gegen eine einheitliche Steuerpolitik und ein einheitliches Steuerrecht im Reiche sein kann. Das ist gegen jedes Interesse des Steuerzahlers. Und später: „Ich will mich mit den Herren der Deutsch-nationalen Partei nicht über Geschmaad und gute Erziehung auseinandersetzen. (Gelächter rechts.) Der Abg. Düringer hat mir Strampellosigkeit und Unmoral vorgeworfen. Darauf habe ich gesagt, wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Der alte preussische Staat hat mit Gewalt und Brutalität regiert. Ich erinnere nur an das Enteignungsgesetz und an den Kulturkampf. (Lärm rechts, Zustimmung der Mehrheit.) Von einer Befreiung der Steuern der Kommunen steht kein Wort in der Abgabenordnung.“

In der Sitzung der preussischen Landesversammlung gab der preussische Ministerpräsident Hirth nachstehende Erklärung ab: In der gestrigen Verhandlung der Nationalversammlung ist es zu einer Auseinandersetzung gekommen, zu der die preussische Regierung nicht schweigen darf. Die heutige preussische Regierung kennt die Fehler, die das alte Regime in der Behandlung des Volkes, insbesondere auch beim Kulturkampf, und in der Behandlung nationaler Minderheiten gemacht hat. Die leitenden Männer der heutigen Regierung haben oft genug diese verkehrte Politik der alten Regierung bekämpft. Sie hatten es aber durchaus für einseitig, wenn in der gegenwärtigen Lage Deutschlands bei solchen Erwägungen nur diese Fehler der Vergangenheit betont werden und nicht auch erwähnt wird, daß das neue Preußen sich mit aller Entschiedenheit in Konsequenz der Grundsätze der drei Mehrheitsparteien von diesen Methoden der Unfreiheit abgewandt hat. Die preussische Regierung steht auf dem Boden der weitestgehenden Demokratie (Lärm bei den unabhängigen Sozialisten), namentlich auch in den Gemeinden und Provinzen, so daß schon hierdurch jede Unterdrückung religiöser und bürgerlicher Rechte ausgeschlossen ist. Dieser Politik der Gegenwart gegenüber können die Versuche zur Zersplitterung Preußens keine Rechtfertigung aus den Fehlern der Vergangenheit beanspruchen. Die öffentliche Meinung in den Abstammungsgebieten zeigt uns, daß die dortige Bevölkerung sehr wohl den Unterschied zwischen der alten, überwundenen Politik und den neuen Grundsätzen der Freiheit zu machen versteht. Außerdem darf bei solchen Erwägungen nicht vergessen werden, daß die Idee des einigten Deutschlands vor allem in Preußen in der Ordnung, durch Preußen ihre Verwirklichung gefunden hat und daß Preußen für die Entwicklung der deut-

ischen Wirtschaft seit der Gründung des Zollvereins geradezu Entscheidendes getan hat. (Weißall.) Wir betrachten diese Aufgabe Preussens nicht als beendet, sondern werden, was an uns liegt, mitwirken, um den Geist der Einheit in Kulturbild und Staatspolitik zur Geltung zu bringen. In diesen Zeiten, wo Deutschland den äußersten Bedrängnissen von außen und innen ausgesetzt ist, richtet die preussische Staatsregierung an das Volk die Mahnung zur Einheit im Denken und Handeln. (Beifall.)

Eine Aussprache knüpfte sich nicht an diese Erklärung.

Deutschland.

D Ein Erfolg der Verkehrsperre. Nach dem letzten amtlichen Bericht des Reichsstatistikamtes haben die Halbenbestände an der Ruhr und in Oberschlesien in der ersten Hälfte des Monats November eine erhebliche Abnahme erfahren. Während am 1. November an der Ruhr rund 832 000 und in Oberschlesien noch 703 000 Tonnen lagerten, betragen die Halbenbestände am 15. November an der Ruhr nur noch rund 750 000 Tonnen, in Oberschlesien 586 000 Tonnen. Sie sind somit an der Ruhr um 82 000 und in Oberschlesien um 117 000 Tonnen, d. h. um insgesamt rund 200 000 Tonnen zurückgegangen.

D Die Judenfrage. Aus Berlin meldet die A. Z.: Die Möglichkeit, bei der starken Welle von Antisemitismus, die heute durch unser Volk geht, auch einmal zu einer ruhigeren Aussprache über die jüdisch-deutschen Gegensätze zu kommen, mag jeden interessieren, der aufrichtig den inneren Frieden in Deutschland sucht. Eine solche Möglichkeit wurde vom Berliner Verband der jüdischen Jugendvereine unter dem Vorsitz von Dr. Apfel geboten und in einer Versammlung mit freier Aussprache am 25. November verwirklicht. Nach einem einleitenden Vortrag sprachen abwechselnd zehn Minuten je ein germanischer und ein jüdischer Redner über Judentum und Antisemitismus. Schriftführer Dr. Johannes Müller aus Elmshorn in Bayern, der Herausgeber der Grünen Blätter, nannte den Antisemitismus eine Krankheit und eine Schwäche des deutschen Volkes, die in allen Kriegen zutage trete, und an der wohl von jüdischer Seite eine gewisse Ueberempfindlichkeit, von germanischer Seite eine Unkenntnis des jüdischen Judentums schuld sei. Ueber diese Dinge hinaus betonte er die gemeinsame Arbeitsfront, die jetzt Juden und Christen nötig ist. Unter den folgenden Rednern beider Parteien wechselten Theologen mit Vertretern praktischer Erfolge ab. Der Hauptgegenstand in der Aussprache war eigentlich die Stellung und die Eigenart der jüdischen Presse, über die die Meinungen auseinanderklüften, und die auch von jüdischen Rednern gelegentlich sehr absprechend beurteilt wurde. Die Aussprache bewegte sich dann weiter in lebhaften, aber maßvollen Formen, und die Tatsache allein ist als günstiges Ergebnis solcher Zusammenkünfte zu begrüßen. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß die meisten Fragen, wie das bei den kurzfristigen Neben nicht zu vermeiden war, nur gestreift wurden, und daß an der wirklichen Stellung des Judentums in der modernen Gesellschaft, der wahren Grundursache des Antisemitismus besonders in der nachrevolutionären Zeit, vielfach nur vorbeigeredet wurde.

D Buchergerichte. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung nahm den Entwurf einer Verordnung gegen den Bucher- und Schieberhandel an, dem durch besondere Buchergerichte entgegengetreten werden soll. Für den Betrieb eines Landgerichtes soll mindestens ein Buchergericht zur schnellen Aburteilung für Bucher- und Schieberfälle errichtet werden. Reichsjustizminister Schiffer betonte, daß dadurch, daß man den Bucherern und Schiebern scharf zu Leibe gehe, zweifellos Ware und Lebensmittel frei würden. Zu erwägen wäre die Veröffentlichung der Namen der wegen Bucher und Schieberlei Verurteilten. Der Minister stellte in Aussicht, daß er sich deswegen mit den Justizministern der einzelnen Länder in Verbindung setzen werde.

Partei-politisches.

— Die Zentrumsfraktion der Nationalversammlung hat den Abgeordneten Trimborn einstimmig als Nachfolger des Abgeordneten zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Abgeordneter Becker (Urnberg), dritter Vorsitzender Abgeordneter Domkapitular Leicht.

Eva.

Novelle von Helmut von Mox.

2. Sie war vielleicht noch immer nicht völlig nach — war noch immer von jener traumhaft süßen Dämmerung umfungen. Aber als sie dann die Augen aufschlug — da wurde sie freilich so rasch munter, als habe man sie unversehens mit einem Eimer eiskalten Wassers überschüttet. Und mit entseßlichen Bildern, unfähig, auch nur ein Glied zu rühren im Uebermaß des Schreckens, sah sie in das hübsche, kluge Gesicht des Mannes, der da vor ihr stand — in ein fremdes Gesicht! — Ein wildfremder Mensch — ein Mensch, den sie nie zuvor in ihrem Leben gesehen — hatte sie geküßt!

Der schlanke, junge Mann in der eleganten Besuchs-toilette hatte strahlend gelächelt, als Eva zu ihm auf sah. Es war ihm gar nicht in den Sinn gekommen, daß er etwas Unrechtes oder auch nur etwas Kettes getan haben könnte. Das junge Mädchen war so unwirklich hübsch — so elfenhaft. Oder nein — elfenhaft war auch nicht das rechte Wort. Aber das Ganze war wie ein Märchen gewesen — die reglose Stille, der weiße Sonnenschein auf dem Wege und die Bläue des Himmels — und das schlummernde Mädchen im Schatten der beiden Bäume, und der Schatten noch glutsoll und voll heimlicher Sonnenstrahlen — Er hatte gar nichts dagegen tun können — er mußte sie küssen. Aber nun war ihr Gesicht ganz weiß geworden vor Schrecken, und mit einem Blick sah sie ihn an — mit einem Blick! Das Vöckeln verschwand aus seinen Zügen, und er wurde sehr bleich. Der Märchenzauber war zerstört — und er dachte: Da hast du was hübsches gemacht. Eine fremde Dame zu küssen!

Und er fand, daß es furchtbar sei.

Aber er mußte doch irgend etwas sagen. Zunächst einmal zog er den Hut und verbeugte sich sehr tief. Und dann kam er:

„Gnädiges Fräulein —“
Weiter kam er nicht. Mit dem ersten Wort hatte sich Evas Erschütterung gelöst. Sie fuhr empor, so wild, daß der Kopf sich vollends löste und eine dicke Haarsträhne über ihr Gesicht fiel, sprang aus der Hängematte, wobei sie beinahe gefallen wäre, und zog sich um ein paar Schritte von dem fremden Menschen zurück. Da stand sie, an den Stamm der Eiche gedrückt, und stieß verzweifelt hervor:

Amerika.
Staatsanleihe für Europa. Der „New York Times“ meldet aus New York, daß auf der internationalen Handelskonferenz von dem Ausschuss der amerikanischen Bankvereinigung und der englischen, französischen und italienischen Delegation der Plan erörtert wurde, eine große öffentliche Anleihe für das Ausland in Höhe von zwei bis vier Milliarden Dollars anzufordern, um den europäischen Wechselkurs zu regeln und den Ankauf von Waren in Amerika zu erleichtern.

Kirche und Schule.

— Konflikt des Oberkirchenrates mit der Regierung. Ein Antrag des Evangelischen Oberkirchenrates auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung der Generalversammlung ist von den mit der vorläufigen Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments beauftragten Staatsministern ablehnt, seine und seiner abgelehnt worden. Es heißt in dem ablehnenden Bescheid, daß die der Tagung zu unterbreitenden Entwürfe eines kirchlichen Gemeindevahrscheinens sowie eines Gesetzes über eine außerordentliche Kirchenversammlung zur Feststellung der künftigen Verfassung für die evangelische Landeskirche in den älteren Provinzen Preussens als eine der hauptsächlichsten Bestimmungen die sofortige und völlige Beseitigung der früheren landesherrlichen Kirchenrechte enthalten. Diese Bestimmungen ständen im Widerspruch mit dem Paragraphen 5 der vorläufigen Verfassung des preussischen Staates. Die mit der Wahrnehmung des landesherrlichen Kirchenregiments vorläufig beauftragten Minister fügen es als eine ihrer Aufgaben an, dafür zu sorgen, daß für die Neuwahl der kirchlichen Körperschaften Grundlagen geschaffen werden, die den allgemeinspolitischen Wahlrechtsgrundsätzen der Gegenwart entsprechen und insbesondere den Minderheiten ihre Rechte auf Vertretung ihrer religiösen Ueberzeugungen in der Kirche sichern. Diese Rechte erschienen in den beiden Gesetzentwürfen in mehrfacher Beziehung nicht gewahrt. Aus diesem Grunde lehnten die Minister die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung ab. Dieser ablehnende Bescheid hat in kirchlichen Kreisen, und zwar namentlich in den der positiven Richtung angehörenden Gruppen, große Erregung hervorgerufen, und man spricht bereits von einem bevorstehenden evangelischen Kulturkampf. Es handelt sich um die Kampfanfrage des religionslosen Staates an die evangelische Kirche, der man ihr Selbstbestimmungsrecht nehmen und gegen ihren Willen die Urwahlen für eine Konstituante aufheben wolle. Der Reichsbote, der sich zum Sprecher dieser Auffassung macht, fordert auf, trotz dem Widerstand der drei Minister die Generalversammlung zu dem geplanten Termin einzuberufen. — Der Paragraph 5 der vorläufigen preussischen Verfassung lautet: Die Verfassungen, die nach den Gesetzen und Bestimmungen dem König zustehen, sind bis auf weiteres die Staatsverfassung aus mit der Maßgabe, daß eine Schlichtung und förmliche Verabredung der verfassunggebenden preussischen Landesversammlung ausgeschrieben ist. Die Rechte des Königs als Träger des landesherrlichen Kirchenregiments gehören Herrn nicht. Diese gehen bis zum Erlaß der künftigen Verfassung auf drei von der Regierung zu bestimmende Staatsminister evangelischen Glaubens über.

Kunst und Wissenschaft.

(1) Eine Intenypflanze. In Neuvranada findet sich eine Pflanze, welche dort die Intenypflanze genannt wird und wissenschaftlich den Namen *Cortaria thymifolia* führt. Ihr Saft, Chandi genannt, eignet sich ohne Zuhilfenahme zum Schreiben. Anfangs sind die Schriftzüge rötlich, in wenigen Stunden tragen sie jedoch ein tiefeschwarzes Aussehen. Bemerkenswert ist, daß dieser Saft Stahlfedern nicht angreift, was bekanntlich die gewöhnlichen Intenypflanzen zu tun pflegen. Einige mit diesem Pflanzenfasse beschriebene Blätter, die auf einer Seereise durchsucht worden, zeigten nach dem Trocknen noch eine vollständig klare Schrift.

(2) Der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Heimatschutz ladet zu einer am 3. Dezember, nachm. 3.30 Uhr zu Bonn im Kunsthistorischen Institut der Universität (Saal 9) stattfindenden Hauptversammlung ein. Die Tagesordnung umfaßt 6 Punkte, unter anderem Vnderungen der Statuten. Im Anschluß an die Versammlung wird Herr Prof. Dr. Regard einen Vortrag über „Die rheinische Dorfkirche und ihre Probleme“ mit Lichtbildern halten.

(3) Neue Lutherfunde hat der Geheimrat Dr. Wächter in Joch bei den Arbeiten, die er zur Edition der Werke des anhaltischen Herzogs ausführt, gemacht. Er fand einen Brief Luther selbst erdichtetes und komponiertes Lied. Die Universitätsreform. In dem Staatshaushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung betonte Staatssekretär Dr. Weder, in einem Vortrag über die von der Regierung geplanten Universitätsreform, daß es mehr als bisher gelte, den Studenten nicht allein eine theoretische Berufsbildung zu vermitteln, sondern sie schon während der Studienzeit in die Praxis einzuführen, besonders die Ärzte und Juristen. Die Umwandlung der eintägigen außerordentlichen Professoren in planmäßige ordentliche würde einige Jahre dauern. Ferner sollten Privatdozenten, die sich bereits mehrere Jahre bewährt hatten, teils durch Erteilung von Lehraufträgen, teils durch Gewährung einer gewissen Garantiesumme, die ihnen ein Mindesteinkommen sichert, unterstügt werden.

Schiffsunfälle.

Schweres Schiffunglück. Wie jetzt erst bekannt wird, durch einen Bericht in den Missionen des Augustins in Wismar, 1919, 116, fiel in der Nacht vom 16.-17. Januar der nach Konstantinopel fahrende französische Dampfer „Glaucos“ in der Meerenge von Messina auf eine Mine und sank in vier Minuten. Von über 800 Menschen wurden nur 120 gerettet. Unter den Ertrunkenen befanden sich acht katholische Missionare.

Aus Bad Ems und Umgebung.

Stenographenverein Stolze-Schrey. Infolge anderweitiger Inanspruchnahme der Räumlichkeiten des Gasthauses „Zur Krone“ findet die für heute, Montag, festgesetzte Besprechung am morgigen Dienstag, abends 8 Uhr statt.

Sitzung der Stadtverordneten zu Bad Ems, am 27. November 1919.

(Schluß.)

Mitteilungen. Stadtverordn. Dr. Stemmler teilt mit, daß drei Anträge der demokratischen Partei über: Einrichtung einer Preisprüfungsstelle, Bau eines besseren Weges von der Silberaustraße zum Bahnhof, Lindenbach, Umbenennung der Straße Lindenbach in „Bad Ems-Weg“, dazu ein Antrag aus Bürgerkreisen und ein Zentrumsantrag über Errichtung eines Vereinigungsamtes vorliegen, die an die nächste Tagesordnung kommen sollen. Ferner sind die Mitglieder der Finanzkommission neugewählt und eine Geschäftsausschusskommission, der es obliegt, die Geschäftsordnung vor einem Neubrand zu überarbeiten.

Stadtverordn. Kassine L. (Soz.) fragte den Magistrat, ob es ihm bekannt sei, daß zur Zeit nur zwei weibliche Geburtshelferinnen in der Stadt vorhanden sind, was unzureichend sei, und welche Schritte der Magistrat tun wolle, um diesem Mangel abzuhelfen. Bürgerm. Dr. Schubert erklärte, daß der Magistrat selbstverständlich diesen Mangel hand fenne, daß er seit 2 Jahren verhandelt, um eine weitere Person nach Ems zu ziehen, daß alle Verhandlungen sich verzögern haben und daß jetzt eine Emmer Frau sich entschlossen habe, an einem Seminarekursus, der ein halbes Jahr dauere, teilzunehmen.

Stadtverordn. Kassine L. (Soz.) fragte den Magistrat, weshalb der am Mittwoch voriger Woche eingetragene Antrag seiner Fraktion über strengere Kontrolle der Milchverteilung nicht auf der Tagesordnung sei. Bürgerm. Dr. Schubert antwortete, der Antrag muß erst bearbeitet werden, und wies weiterhin auf die Häufung der Arbeiten hin. Zur Milchfrage erklärte Bürgerm. Dr. Schubert, daß anscheinend die Milch in Ems verknappert wird, daß die 5 hütenden Kühe nur noch 9 Liter Milch geben, daß eine Untersuchung wegen der Verfälschung dieser Milch im Gange sei. Stadtverordn. Seher (Zentr.): Nachdem die Stadt 3 Wochen lang wegen ihrer unzureichenden Milchversorgung geklagt habe, seien ihr jetzt 100 Liter aus Korbort und Althausen zugewiesen worden. Um sie zu holen, müßten aber erst die mit Milch aufgetriebenen beschädigten Kanonen ersetzt werden. Stadtverordn. Berner (Dem.) stellte fest, daß er in der vorigen Sitzung nicht von einer Verfälschung der Milch durch die Verteilungsstelle E. Schmidt gesprochen habe.

Eva sah auf.

„Das ist ja gut,“ sagte sie müde.
„Ja, nicht wahr?“ — Wo hast du übrigens den ganzen Tag gesteckt? Der neue Arzt war hier und hat sich vorgestellt. Der kaisert dir gewiß — er schwatzt herum und wart nicht ewig mit lateinischen Worten um sich herum wie der alte Sanitätsrat. Papa hat ihn für heute zum Diner eingeladen.“

Welcher neue Arzt?

Harry lachte und warf ihr neckend ein paar Blätter des wilden Weines zu, mit dem die Veranda berankt war. „Ich glaube, du sebst zuweilen in einem anderen Lande, Eva! Weißt du denn nicht, daß der alte Sanitätsrat sich zur Ruhe setzen will? — Doktor Schweighof — er heißt der Neue — ist vorläufig nur sein Assistent. Aber er soll sehr tüchtig sein, und ich glaube, der wird sicher Ellangers Nachfolger im Erholungsheim.“

Evas Interessiertheit für alles, was er sagte, war augenscheinlich. Sie spielte mit einem Blatt, das sie ihr auf die Hände gelegt hatte, und erwiderte nur:

„So?“

„Ich sehe schon, ich habe kein Glück mit meinen Neugierigen,“ meinte Harry resigniert. „Was in deinem Kopf vorgeht, möchte ich zu gern mal wissen, Eva! — Uebrigens ist es halb vier — ich muß mich noch umziehen zum Essen. Lebe wohl und träume glücklich, kleine, lange Schwester.“

Er liebte seine Eva zärtlich. Als er bis zum Ende der Veranda gekommen war, wandte er sich noch einmal im Sattel und nickte ihr lächelnd zu. Eva sah ihm nach, wie er zu den Stallungen hinüberritt, und ihr Gesicht verzog sich schmerzhaft. Wie war heute alles anders als sonst — die Welt um sie her hatte sich verwandelt und ein fremdes Aussehen angenommen. Wie gern hätte sie sich selbst mit ihrem Bruder unterhalten! Wie lustig waren sie zusammen gewesen, und wie wichtig war ihr alles, was er sagte! Wie viel hatten sie sich immer zu erzählen — wie unendlich viel, für das sie sich beide interessierten. „Du lebst zuweilen in einem anderen Lande,“ hatte er gesagt und sicherlich nicht geahnt, wie er sie damit traf.

Fortsetzung folgt.

im Gegenteil mitgeteilt habe, daß laut einwand-
freiem Zeugnis die Milch bereits mit 50 Prozent Wasser
in der Verteilungsstelle ankam. Alle anderen Ge-
meinderäte in der Stadt seien unwahr.
Stadt. Dr. Stemmer machte den Vorschlag,
Magistrat die zur nächsten Tagesordnung vorliegenden
Sachen zur Vorberatung zu überweisen, worauf Bürgerm.
H. u. b. erklärte, daß der Magistrat die Anträge
so schnell erledigen könne, daß er sich überhaupt an
keine Frist binden könne.
Somit war die Tagesordnung erledigt.
Die Pause bis zur Fertigstellung des Protokolls be-
trug 15 Minuten. Stadt. Dr. Stemmer (Soz.) zu Angelegen auf die
„Freie Zeitung“. Stadt. Dr. Henche (Dem.) meinte, mit Be-
zug auf einen Artikel der „Freie Zeitung“, daß die Stadt-
verordneten bei aller Anerkennung der Arbeit des Vor-
sitzenden auch ohne dessen geschickte Leitung reibungslos ar-
beiten könnten.
Stadt. Dr. Meuser (Bürgerl. Bergr.) hat, die politi-
schen Forderungen zu meiden und auch weitgehende Anträge
zu stellen. Stadt. Dr. Henche (Dem.) erwiderte darauf.

180 Jahre Kurkommissare.

Bei den letzten Erörterungen über die Neuordnung der
Kommunalverwaltung dürfte es für viele Bürger von Interesse sein,
wie aus alten Kurlisten die Namen der früheren Kurkom-
missare zu ersehen; die Amtsbezeichnung hat verschiedene
Veränderungen durchgemacht; die meisten Herren waren ehemalige
Ärzte; nur in den Jahren 1849 und 1850 amtierten hier
einige der Rastattischen Domänenverwaltung und von 1853
an ein ehemaliger Diplomat.

Vorstand:

- 1829 Major Hehl
1836
Hof- u. Polizei-Kommissar:
1842 Major Schmidt
1847 Major Heigenhahn
Rechnungs-Kammererrat Schweikart
Hof-Kammererrat Schiller
1854 Oberstl. bezw. Oberst Freiherr von Hadeln
1866 Kammerherr u. Legations-Rat Graf v. Bismarck-
Schierstein

Kur- u. Hof-Polizei-Kommissar:

- Hauptmann Ebray
1869 Major von Stuppi
1872 Kammerjunker von Graevenitz
1887 Kammerjunker bezw. Kammerherr v. Lepel-Enig
1890 Major u. Kammerherr von Rathenow
1903 Oberst von Wilsch
1909 Oberst von Drosky
1910 Oberstleutnant von Rajbach

Mit der Zunahme der Besucherzahl von Ems seit Anfang
des vorigen Jahres und der dadurch vermehrten Amtsgeschäfte
wurde dem Kurkommissar noch besondere Polizeikommissare
zugewiesen; wir nennen hier: Polizeikommissar Bornheim, Poli-
zeikommissare Weinand, Meyer, Wölschlag und Zaganan; später
wurden Offiziere zur Dienstleistung zugeordnet: Haupt-
mann von Arnim, Major von Meyenburg, zuletzt Oberst-
leutnant Freiherr von der Osten.

Kundenliste.

Am 1. Dezember d. J. tritt ein Wechsel in den Kunden-
liste für den Verkauf der sogenannten Nährmittel (Häfer-
mehl, Graupen, Grieß usw.) ein. Die bisherigen Ver-
käufer für diese Waren scheiden also mit dem 30. Novem-
ber d. J. für den Verkauf aus und an ihre Stelle treten
die Monate Dezember, Januar und Februar die nach-
folgenden Geschäfte:

- Georg Hahn, Bahnstraße,
E. M. Lindebach,
J. Neumann,
R. Streiber,
B. Lindebach,
Herr. Thalheimer,
Hr. Gröfel,
Konsumverein.

Der Einwohner der Stadt, der im Besitze einer Lebens-
mittelliste ist, kann sich im Laufe der nächsten Woche
in der Verlage der Lebensmittelliste bei einem der vorge-
zeichneten Geschäfte als Kunde eintragen lassen; er kann dann
von der Stadt verteilten Nährmittel in dem gewählten
Geschäfte einkaufen.

Bad Ems, den 27. November 1919.

Verbrauchsamt.

Wir bringen hiermit zur Kenntnis un-
serer Mitglieder, daß ab 1. Dez. 1919

Grund der Verordnung des Reichsfinanzministers, Glas-
weinanteilscheine, sowie ausgelagerte, gekündigte oder
zurückgeforderte Aktien von inländischen Wertpapieren,
sowie Aktien zur Einlösung, Beleihung oder Gutschrift über-
lassen werden dürfen. Eine Bank darf solche Wertpapiere zu
einem Zweck aber nur dann annehmen, wenn das ganze Wert-
papier über der Bilanzbogen mit dem Erneuerungsschein bei
uns hinterlegt wird. Eine Aufbewahrung im Schließfach (Sa-
fite) ist nicht als Hinterlegung. Einige Ausnahmen sind be-
sonders zugelassen, welche auf unserem Büro zu erfahren
sind. Wir empfehlen unsern Mitgliedern dringend, die betr.
Wertpapiere im Laufe dieses Monats bei uns zu hinterlegen,
da die Einlösung der Januar-Coupons keine Verzögerung
erleidet und die gewaltige Arbeit bewältigt werden kann.

Vorschußverein zu Diez

Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.
H. Hahnmann. E. M. Michel.

Bonsbücher

1913 Bons zu haben in der
Druckerei Commer, Bad Ems.

Stadtverordnetenversammlung

Donnerstag, den 4. Dez. 1919, nachm. 4 Uhr
im Rathausaal.

A. Vorlagen des Magistrats.

1. Strompreiserhöhung der Malberghahn.
2. Ständesamtsgebühren.
3. Erhebung der Grunderwerbssteuer.
4. Mietnachlaß für Benutzung der städtischen Turnhalle.
5. Schiedsmannswahl.
6. Anstellung einer Hilfskraft für das Lebensmittelamt.
7. Anstellung einer Hilfskraft für den Schlachthof.
8. Mantelbeschaffung für die Nachschulleute.

B. Anträge:

1. Antrag der Deutsch-Demokratischen Stadtverordneten-Frak-
tion über Errichtung einer Preisprüfungsstelle.
2. Desgleichen über Ausbau eines Bürgersteiges von der Silber-
austraße nach Bahnhof Lindendach.
3. Desgleichen über Namensänderung der Haltestelle Lindendach.
4. Antrag des Stadtverordneten Sanner über Errichtung
eines Mietvereinsamtes.
5. Wahl der Finanzkommission.
6. Geschäftsordnung.

C. Mitteilungen.

Die Akten liegen Dienstag den 2. und Mittwoch den 3.
Dezember d. J. beim Schriftführer-Oberstadtssekretär Raul
im Rathaus während der Dienststunden offen.

Der Magistrat wird zu dieser Sitzung ergebenst einge-
laden.

Bad Ems, den 29. November 1919.

Der Stadtverordneten-Vorsitzer-Stellvertreter.
H. Hahnmann.

Benutzung der Volkstische, die von den Besatzungstruppen eingerichtet werden soll.

Diejenigen Familien, die die Absicht haben, die vor-
erwähnten Volkstische in Anspruch zu nehmen, werden ersucht,
sich in den nächsten Tagen im Verbrauchsmittelamt zu
melden.

Bad Ems, den 29. November 1919.

Der Magistrat

Öffentliche Mahnung zur Zahlung rückständiger Steuern.

Alle Steuerpflichtigen, die mit Zahlung der Steuern und
Abgaben für das 3. Vierteljahr 1919 (Oktober bis Dezember)
oder noch für einen früheren Zeitraum rückständig sind, werden
hiermit aufgefordert, den Rückstand bis zum 5. Dezember
an die Stadtkasse einzuzahlen.

Nach Ablauf dieser Frist beginnt am 6. Dezember
die kostenpflichtige Zwangsbeitreibung. Bei Un-
zahlung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Zah-
lung so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 5.
Dezember bei der Stadtkasse eingegangen ist.

Bad Ems, den 25. November 1919.

Die Stadtkasse.

Öffentliche Versteigerung.

Donnerstag, den 4. Dezember, um 10 Uhr

kommen folgende Gegenstände zum Verkauf:

Betten mit Hochkantenlagen, Tische, Stühle, Sofas,
Wäsche und Nachtsche, Teppiche, Gardinen und sonstige
Sachen.

Lahnstraße 50, Haus Stolz n'e's.

Prima Pferdefleisch.

Verkauf Dienstag.

Marktstraße 10, Ems.

Weihnachtsbitter.

Schon rufen die Kinder, die unsere Kleinkinderschule be-
suchen, sich wieder auf das Fest aller Feste, das im Anzug begrif-
fene Weihnachtsfest, und ihre Augen leuchten heller auf in froher
Erwartung im Gedanken an die strahlenden Lichter des Christ-
baums. Wir wollen ihre Hoffnung auf eine schlichte Schaulust
nicht kühlen. Freilich wird es erst recht in der gegenwärtigen
schweren Zeit, die sich auch uns bei Erhaltung der Schule fühlbar
macht, und nur möglich sein, wenn die Freunde unserer Schule
uns auch in diesem Jahre durch Darreichung von Gaben bei der
Zurückkunft des Festes unterstützen. So bitten wir denn herzlich
und dringend darum. Alles, was zur Bekleidung verwendet
werden kann, ist und willkommen, Gaben in bar, Spielsachen,
Kinderkleidungsstücke, Backwerk usw. Zur Empfangnahme der-
selben sind neben der Kleinkinderschulleiterin, Schwester Emilie
Velleuer die Unterzeichneten bereit.

Diez, den 27. November 1919.

Der Vorstand des Vaterl. Frauenvereins Diez.

Frau Gabriel, Vorsitzende, Frau Herm. Volker, Frau Wil-
helm Bahl, Frau Eichholz, Frau Jollen, Frau E. Hehl, Frau
Tilla Müller, Frau Medizinalrat Beckhull, Frau Elmschläger
Reusch, Frau Sophie Schmidt, Frau Harter Schwarz, Frau
H. Thomas, Frau Landrat Thon, Frau Stefan Wilhelm, Frau
Kreiskassierin Zimmermann.

Reparaturen an Haus- u. landw. Maschinen

führt aus
N. Finkler, Diez a. L.,
Oberstrasse 25, Fernruf Nr. 309.



Ämtlicher Teil.

République Française
Administration des Territoires
Allemands Occupés
Cercle d'Unterlahn
(Hesse-Nassau).

Bekanntmachung.

1. Das Anlegen der deutschen Orden und Ehrenzeichen und
der Ordensbänder ist in den gesamten besetzten Gebieten
gestattet.
2. Dagegen ist es verboten, deutsche Fahnen zu hissen, auch
solche in den Provinzialfarben. Letztere können nur mit
vorheriger Genehmigung des Oberbefehlshabers der Rhein-
armee und unter bestimmten Umständen gehißt werden.

Diez, den 27. November 1919.

Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises,
Chatras, Major.

Bekanntmachung

Betr. Versand von Ersatznahrungsmitteln.

1. Der Versand von Ersatznahrungsmitteln, wie Runkelrüben,
Soffette, Melasse, Mele usw. ist im durch die französischen
Rheinarmee besetzten Gebiete frei.
2. Was die Ausfuhr aus diesem Gebiete betrifft, so werden
Genehmigungen durch den Kommunalverband erteilt, der
sie sodann durch den Kreisadministrator bitten läßt.

Der Oberbefehlshaber der Armee.

Die Eisung der Lahn

Am 4. Strommeißerbezirk wird für das Winterhalbjahr 1919-20
am Mittwoch, den 3. Dezember 1919 öffentlich meistbietend gegen
gleich bare Zahlung verpachtet und zwar für die Strecke vom
Kalkofen km. 106,0 bis Niebura km. 129,5 vormittags 10
Uhr, Treffpunkt: Schleuse Ems, für die Strecke von Niebura
km. 129,5 bis Niederlahnsfeld km. 136,150, nachmittags 3 Uhr,
Treffpunkt: Lahnbrücke Niederlahnsfeld.

Diez, den 30. November 1919.

705] Staatliches Wasserbauamt.
Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises,
Chatras, Major.

Weihnachtsbitter

Der Erziehungs- und Pflegeanstalt Ehemern
bei Nassau a. d. Lahn.

Schwer lastet die Herbstnebel über einlaubter, kalter Flur,
schwerer noch lastet der Zeiten Dunkel auf Herz und Gemüt.
Da ist's gut, sich zu erinnern, daß es durch Nacht zum Licht
geht, daß hinter den dunklen Wäldern schon die Lichter harrt, das
Licht, das kein Zeitendunkel bannen kann. Da ist's gut, daß es
Kinderherzen gibt, die mit festem Glauben sonnen und
wonnig entgegen schauen dem ewig frisch bleibenden grossartigen
Wunder der Weihnachtszeit, uns Erwachsene mitheben auswärts
aus dem alltäglichen Dasein zur Quelle des Lichts, uns selbst er-
neuernd in seinen reinen heiligen Strahlen in dankbarer
Gedenken seliger Jugendzeit.

Und so harren auch unsere 330 großen und kleinen Kinder
wieder dem Weihnachtsfest entgegen, und wir bitten für sie
und mit ihnen: „Heil uns, den Weihnachtskindern, denen auch in
diesem Jahr!“

Gaben an Geld, Spielsachen, oder sonstigem wolle man
gütigst an die Direktion der Anstalt schicken.

Wir haben für alles, was die Liebe uns schenkt, Verwen-
dung und sind für jede, auch die kleinste, Gabe herzlich dankbar.
Es ergeht besondere Einladung.

Die Postcheckkonto-Nummer der Anstalt ist Frankfurt a.
Main 4000.

Martin, Pfarrer, Vorsitzender des Vorstandes. Todt, Direktor.

Bin unter

Nr. 314

an das Telefonnetz angeschlossen.

Albert Maus,

Glaserei u. Bildereinrahmungsgeschäft.
Diez a. d. Lahn

Ein Waggon

— Diawurz —

nächste oder übernächste Woche eintreffend, in
großen oder kleineren Partien am Bahnhof
Ems abzugeben. Bestellungen jetzt schon
möglich, da Nachfrage groß.

Landgut Jungfernhöhe b. Ems.
Telefon Nr. 255.

